

II-2984 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates

DER BUNDESMINISTER
FÜR UNTERRICHT UND KUNST

XIII. Gesetzgebungsperiode

Zl. oio.182-Parl./73

Wien, am 6. September 1973

An die
Kanzlei des Präsidenten
des NationalratesParlament
1010 W i e n7428 / AB.
ZU 1443
11. Sep. 1973
Präs. am.....

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 1443/J-NR/73, die die Abgeordneten Dr. Pelikan und Genossen am 11. Juli 1973 an mich richteten, beehre ich mich wie folgt zu beantworten:

ad 1) und 2) Im Auftrag des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst führten das Institut für empirische Sozialforschung und das Dr. Fessel-Institut eine Untersuchung über die Problematik der Fünf-Tage-Woche an den Schulen durch. Außerdem wurde die Einstellung zu zusätzlichen Winterferien und zur Ferienstaffelung erhoben.

Als Hauptergebnis ergab sich der Schluß, daß die Fünf-Tage-Woche insbesondere für Volks- und Hauptschüler, sowie fähige Schüler der Allgemeinbildenden Höheren Schulen keine sehr schwerwiegenden Folgen hat und durch eine gewisse Verminderung der ungezielten Freizeit unter der Woche sowie durch Lernen am Wochenende (eventuell gerade am freien Samstagvormittag) durchaus "verkräftet" werden kann. Andererseits bringt der schulfreie Samstag aber auch keine merkliche Veränderung des Wochenend-Freizeit-Musters. Die Eltern haben heute keine klar profilierte Meinung über die Frage. Einesteils würde ihnen das schulfreie Wochenende zum Teil bequem sein und für Ausflugs-Wochenenden recht kommen. Andererseits befürchten sie die vermehrte Lernbelastung ihrer Kinder unter der Woche.

Besser gebildete Eltern- und vor allem auch Eltern von Schülern der Allgemeinbildenden Höheren Schulen - tendieren dabei deutlich zu einer Meinung, welche sich gegen die Fünf-Tage-Woche richtet, obwohl sie an sich mehr Zeit mit ihren Kindern verbringen und eher Wochenend-Aktivitäten entfalten. Eine längerfristige Entwicklungsrichtung im Freizeitverhalten und in der öffentlichen Meinung wird aber die Forderung nach der Fünf-Tage Woche verstärken, wenn nicht die Gegenargumente durch entsprechende Diskussionen und öffentliche Argumente verstärkt werden.

Die Untersuchung ergab ferner, daß zusätzliche Winter-Schi-Ferien beträchtlichen Anklang finden würden, weil 82 % der österreichischen Kinder Schifahren. 47 % der Eltern würden für solche Ferien stimmen, nur 34 % dagegen. Die Gegner - immerhin noch 1/3 der Eltern - finden sich vor allem in den unteren Sozial-schichten, wo die Eltern selbst kaum Schifahren und auch nicht die Mittel hätten, die Kinder auf Schiurlaub zu schicken. Für die ärmeren Kinder müßte man daher solche zusätzlichen Winterferien mit der Finanzierung eines Ski-Kurses verbinden, sollte nicht ein Teil der Kinder diese Ferien zu Hause verbringen müssen.

Bezüglich der Ferienstaffelung ergab sich, daß nur 11 % der Eltern für Ferien im Frühsommer und nur 7 % für Ferien im Spätsommer und Frühherbst plädieren würden.

Mit den Ergebnissen dieser Untersuchung stehen nun Entscheidungsgrundlagen zur Verfügung, die - neben anderen Überlegungen - zu diesen Folgerungen führen:

1. Bezüglich der Einführung einer 5- Tage-Woche in den Schulen werden vom Bundesministerium für Unterricht und Kunst für die nächste Zeit **k e i n e** generellen Maßnahmen vorgesehen.

2. Die Einführung zusätzlicher Winterferien wird im Entwurf einer Novelle zum Schulzeitgesetz vorgesehen.

ad 3) und 4) Seit dem Sommer 1973 wurden vom Bundesministerium für Unterricht und Kunst folgende 2 Aufträge vergeben:

a) Studienprojekt "Grundlagenforschung im kulturellen Bereiche" Aufgabenstellung:

Erarbeitung eines Katalogs der kulturellen Verhaltensweisen und der psychologischen und sozialen Determinanten (Motivation) kultureller Aktivitäten der Gesamtbevölkerung.

Sammlung und Darstellung von Forschungsergebnissen, welche das Kulturverhalten und dessen Motivation betreffen - wobei für Österreich Vollständigkeit anzustreben ist.

Befragung einer repräsentativen Stichprobe der österr. Bevölkerung (im Umfang von 2000 Netto-Interviews) zu den wichtigsten Punkten des Kulturverhaltens.

Gezielte Motivstudien zur Klärung der Frage, durch welche Maßnahmen sich kulturelle Aktivitäten verstärken lassen - bei mindestens fünf verschiedenen, als besonders relevant befundenen Zielgruppen.

Erarbeitung theoretischer Grundlagen zum Thema: individuell wirksame Anreize zum Aktivwerden in Richtung auf "gehobene Kultur" und Humanität.

b) "Feststellung von Ausbildungsumwegen sowie des Bedarfes an Weiterbildungsveranstaltungen: Ergebnisse einer Arbeitnehmerbefragung in 123 Vorarlberger Betrieben"
(Im Rahmen der Durchführung der UNESCO-Modell-Studie "Landesschulentwicklungsplan Vorarlberg")

Aufgabenstellung:

Der Vertrag mit der UNESCO betreffend der inhaltlichen Gestaltung der Studien sieht u.a. die Durchführung einer "Arbeitsmarktanalyse" in Vorarlberg vor, die in zwei aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt wird. Gegenstand der ersten Erhebungsphase bildet eine erweiterte Betriebsbefragung, die von den Organen des Landesarbeitsamtes im Rahmen der vierteljährigen Erhebungen der Arbeits-

marktverwaltung im Juni 1973 durchgeführt wurde und der Feststellung des Bedarfs der Unternehmer an kurzfristig auszubildenden Fachkräften diene. Die zweite Erhebungsphase arbeitet mit derselben Stichprobe - 123 ausgewählten Betrieben. Befragt werden ca. 3.000 Arbeitnehmer über ihre bisher erhaltene schulische- und außerschulische Ausbildung, ihre Berufslaufbahn sowie über ihre Weiterbildungswünsche.

Die Ergebnisse beider Erhebungsphasen sollen unmittelbar in kurzfristige Ausbildungsprogramme umgesetzt werden und im Landeschulentwicklungsplan Vorarlberg ihren Niederschlag finden. Die hierbei gewonnenen Erfahrungen werden den übrigen Bundesländern zur Verfügung gestellt werden.

ad 5) Projekt a:

Kriterium für die Vergabe des genannten Forschungsauftrages war der Wunsch, wissenschaftlich einwandfreie Unterlagen für eine künftige Subventionspolitik auf dem kulturellen Sektor zu erhalten.

Projekt b:

Kriterium für die Auftragserteilung war gleichzeitig mit der Erfüllung der Vertragsverpflichtung gegenüber der UNESCO der Wunsch nach einer versachlichten, auf wissenschaftlichen Untersuchungen beruhenden und unmittelbar den Bedürfnissen der Wirtschaft und Gesellschaft entsprechenden Planung von Ausbildungsprogrammen.

Aus Wirtschaftlichkeitsgründen wurde die Durchführung der Studie nicht nach außen vergeben, sondern einer Fachabteilung des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst übertragen.

ad 6) Die öffentliche Ausschreibung des Studienprojektes "Grundlagenforschung im kulturellen Bereich" erfolgte im Amtsblatt zur "Wiener Zeitung" vom 8.11.1972, das andere Projekt wurde - aus den unter Punkt 5) angeführten Gründen - nicht öffentlich ausgeschrieben.

ad 7) Das einzige Anbot auf Grund der öffentlichen Ausschreibung wurde vom Institut für empirische Sozialforschung (IFES) abgegeben.

ad 8) Das Projekt a) wurde - mangels eines zweiten Angebotes - an das IFES vergeben; Projektleiter ist Dipl.-Ing. Ernst Gemacher. Das Projekt b) wurde an die Abteilung KA/Int.PLAN des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst (Abteilung für internationale Angelegenheiten der Bildungsplanung und Bildungsforschung) vergeben, die in Zusammenarbeit mit der Abteilung für Bildungsstatistik für die Organisation, Durchführung und Aufarbeitung der Erhebung verantwortlich ist.

ad 9) und 10) Der an IFES vergebene Auftrag wurde im Mai 1973 erteilt, die Forschungsarbeiten sollen innerhalb eines Zeitraumes von 9 Monaten abgeschlossen werden; der Kostenvoranschlag sieht einen Betrag von S 662.000,-- + 16 % Mehrwertsteuer vor. Der Auftrag zur Durchführung des Projektes b) wurde am 24. Jänner 1973 erteilt; die erste Erhebungsphase wurde im Juni 1973 abgeschlossen, die zweite Erhebungsphase mit 23. Juli 1973 begonnen. Mit dem Abschluß der Arbeiten ist im Dezember 1973 zu rechnen.

Die Erhebungskosten wurden mit S 42.000,-- veranschlagt; für die Aufarbeitung ist mit einem zusätzlichen Kostenaufwand von S 20.000,-- zu rechnen.

ad 11) Neben diesen beiden Aufträgen wurde vom Bundesministerium für Unterricht und Kunst in den Jahren 1972 und 1973 lediglich die "Sozialwissenschaftliche Studie über die Problematik der " 5-Tage-Woche in den Schulen" vergeben, deren Ergebnisse unter Punkt 1) und 2) der gegenständlichen Anfrage dargelegt wird. Eine detaillierte Beschreibung dieser Projektvergabe wurde von mir bereits in der Anfragebeantwortung vom 23. August 1972, Zl. 010.198-Parl./72, gegeben.

Finowag